

Stellungnahme

Eingebracht von: Akademie der Bildenden Künste Wien, Österreichische
Hochschüler_innenschaft
Eingebracht am: 16.05.2018

Statement des Referats für Bildungspolitik der ÖH der Akademie der Bildenden Künste Wien zur geplanten Fremdenrechtsnovelle 2018 des Innenministeriums

Der vom Innenministerium dem Parlament vorgelegte Entwurf zur Fremdenrechtsnovelle 2018 inkludiert eine gravierende Änderung für Studierende. Sollte das Gesetz in dieser Weise implementiert werden, kann zukünftig keine Universität mehr Studierende aufnehmen, die nicht bereits über nachgewiesene Deutschkenntnisse im Ausmaß von A2 Sprachreferenzrahmen verfügen.

Die ÖH der Akademie der Bildenden Künste Wien spricht sich vehement dagegen aus.

Dieser Gesetzesentwurf zielt darauf ab, die Studienzulassungsbedingungen von Personen zu erschweren, die ohnehin einen erschwerten Zugang zu Bildung haben. Die geplanten Barrieren im Bildungszugang drohen die Lebensbedingungen, Zukunftschancen und Gesundheit von geflüchteten Personen, ökonomisch benachteiligten Personen, Migrant_innen und Personen aus bildungsfernen Haushalten massiv zu beeinträchtigen.

Wir sprechen uns klar gegen diese Maßnahmen der Regierung aus.

Hier wird Politik auf dem Rücken von benachteiligten Personen und zugunsten einer Elitarisierung des Bildungssystems betrieben.

Wir sehen die Prüfung fachlicher Kompetenzen im künstlerischen Bereich als hinreichend an, um an der Akademie der bildenden Künste Kunst zu studieren. Sprachkenntnisse können am besten und schnellsten im Land gelernt werden, durch den alltäglichen Austausch mit Personen, die diese bereits beherrschen. Sprachkurse im Ausland sind schwer zugänglich, bieten geringen Lernerfolg und sind mit hohen Kosten verbunden. Die Akademie bietet ihren Studierenden die Möglichkeit, die Landessprache im ersten Studienjahr zu erlernen, und erzielt hohe Lernerfolge damit.

Mehr noch: Ein Gesetzesentwurf dieser Art blendet die inhärenten Bedingungen des international agierenden künstlerischen Feldes aus. Kunst ist international. Wir stellen uns gegen die Maßnahmen der Regierung Kunst nationalisieren zu wollen. Dadurch werden die Handlungskompetenzen von in Österreich studierenden und lebenden Künstler_innen erheblich beeinträchtigt.